

Nato-Gipfel-Gegner bemängeln Einschränkungen

Nato-Gegner haben die zu erwartenden starken Einschränkungen beim Gipfeltreffen des Militärbündnisses Anfang April in Baden-Baden stark kritisiert. Die Region werde für den Nato-Gipfel zum Hochsicherheitstrakt gemacht, hieß es. Dagegen wehre man sich.

"Wir fühlen uns von der Nato als Geiseln genommen", sagte Christina Lipps vom Anti-Nato-Bündnis Baden-Baden gestern. Die Gruppe, die sich eigens für die Proteste gegen die Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag der Nato gegründet hat, will vor allem mit Kundgebungen in der Nähe der Veranstaltungsorte auf ihre Ziele aufmerksam machen. Die Bürgervereinigung spricht sich ausdrücklich gegen die Institution Nato aus. Der Protest von Links solle aber friedlich sein.

Den Behörden und dem baden-württembergischen Innenministerium warfen die Nato-Gipfel-Gegner eine "Hysterisierung und Aufheizung der Stimmung" vor. Mit einer Kundgebung und Informationsständen will das Bündnis der Gegner in den kommenden Wochen zeigen, "dass die Menschen ein Recht auf Meinungsäußerung haben". Ziel der Kampagne sei es aber keineswegs, das Nato-Treffen zu verhindern.

Anders dagegen äußerten sich die Vertreter einer Anti-Nato-Gruppe aus dem Ortenaukreis. Sie planen, den Nato-Gipfel nicht nur zu stören, sondern ausdrücklich zu verhindern.

Zum Nato-Gipfel am 3. und 4. April werden Staatschefs aus rund zwei Dutzend Ländern in Baden-Baden und Straßburg erwartet. Rund 14.000 Polizisten sollen das Treffen sichern. Nach Angaben von Nato-Gegnern werden rund 20.000 Demonstranten erwartet.